

# Sächsisch Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.  
Bezugspreis: Monatlich 3 Mark. Einzelne Nummern 15 Pf.  
Herausgeber: Verlagsbuchhandlung Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.  
Postfachkonto Dresden Nr. 2486. — Stadtkontofonto Dresden Nr. 140.

Ankündigungen: Die 82 mm breite Grundzeile oder deren Raum 30 Pf., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 60 Pf., unter Einrechnung 90 Pf. Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten u. Stellenangebote. — Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Beitragliche Nebenblätter: Landtags-Beilage, Verkaufsliste von Holzpflanzen auf den Staatsforstrevieren.  
Verantwortlich für die Redaktion: Hauptredakteur Bernhard Jolles in Dresden.

Nr. 291

Dresden, Montag, 15. Dezember

1924

## In Chamberlains Romreise.

London, 14. Dezember.  
Der Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, Austen Chamberlain, kehrt gestern nacht aus Rom nach London zurück. Sein Besuch in Rom wird hier allgemein als äußerst bedeutungsvoll betrachtet. Seine Teilnahme an den Sitzungen des Völkerbundesrates habe, wie der amtliche britische Pressedienst dazu berichtet, gezeigt, welche Bedeutung die neue britische Regierung dem Völkerbund beimesse, und habe dem Staatssekretär überdies Gelegenheit gegeben, sich in das Wirken des Völkerbundes persönlich einen Einblick zu verschaffen, der besonders wertvoll sein dürfte im Hinblick auf die von ihm ausgesprochene Absicht, den künftigen Tagungen des Völkerbundes, sobald es ihm möglich sei, als britischer Delegierter beizuwohnen. Die Reise habe Chamberlain fernerhin in Stand gesetzt, mit Verriotti, Mussolini und anderen hervorragenden europäischen Staatsmännern persönliche Fühlung zu nehmen und mit ihnen die großen Linien und allgemeinen Strömungen hinsichtlich der schwedischen und der künftigen europäischen Fragen zu erörtern. Manche seiner Äußerungen hätten allerdings durch die Presse eine zu bestimmende Form erhalten, so besonders seine Äußerungen über das Genfer Protokoll, die von der „Daily News“ dahin umschrieben wurde, daß Chamberlain erklärt habe, er könne über die Haltung der britischen Regierung gegenüber dem Genfer Protokoll erst dann Bestimmtes sagen, wenn die Dominions gehört worden seien, und erkenne die Notwendigkeit an, Frankreich das Recht von Sicherheit zu verschaffen, das das Genfer Protokoll vermissen lasse. Man erwartet, daß Chamberlain in der kommenden Woche gelegentlich der Debatte im Unterhaus über die auswärtige Politik genauere Äußerungen über die in Rom gewonnenen Eindrücke geben wird.

London, 15. Dezember.  
In einer Übersicht über die Reise Chamberlains nach Paris und Rom schreibt der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ u. a.: Chamberlain werde vielleicht in der Lage sein, den Bericht zu bestätigen, der Verriotti die Absicht zuschreibt, Verhandlungen über alle neuen Entwicklungen in den französisch-russischen Beziehungen auf der Grundlage der Gegenseitigkeit unterrichten zu wollen. Es sei begreiflich, daß die britische Regierung möglicherweise in der Lage und bereit sein werde, in bestimmtem Maße dem italienischen Wunsch bezüglich Tangers entgegenzukommen. Eine solche Regelung dürfte keine außerordentlichen Schwierigkeiten bringen.

Während der Frage der Verlängerung der britischen Besetzung bemerkt der Berichterstatter, vorbehaltlich der Beobachtung legaler Formen durch die Alliierten sowie der Fortdauer der vorläufigen Haltung Deutschlands gegenüber müsse die französische Regierung die Bereitschaft der englischen Regierung erkennen haben, nicht den französischen Befehl im Rheinland durch britische Unterstützung aus Köln vor der Zurückziehung der französischen Truppen aus dem Ruhrgebiet innerhalb angemessener Zeit in Schwierigkeiten zu bringen.

Zum „Sunday Times“ ist das Ergebnis des Besuchs Chamberlains in Paris und in Rom eine sehr gute Entente. Er werde zweifellos zu einem freundschaftlicheren und engeren Zusammenwirken zwischen England, Frankreich und Italien beim politischen Aufbau Europas führen.

## Die Tagung des Völkerbundesrates geschlossen.

Rom, 14. Dezember.  
Der Präsident des Völkerbundesrates Nello Franco (Italien) hat gestern nach Beendigung zweier Fragen über den griechisch-türkischen Bevölkerungsaustausch und über die griechischen Minderheiten in Konstantinopel sowie nach Genehmigung zweier Berichte über die Gründung eines internationalen Instituts in Paris entsprechend einem Angebot der französischen Regierung und über die Gründung eines internationalen Instituts für die Vereinfachung des Privatrechts die 32. Session des Völkerbundesrates für geschlossen erklärt. In

der Frage des Bevölkerungsaustausches sei ein Rechtsgutachten des Internationalen Gerichtshofes im Gange eingeholt worden und an die Tagung der nächsten Konferenz verwiesen worden, da die türkische und die griechische Regierung bei der nächsten Tagung des Völkerbundes neues Material zu dieser Frage unterbreiten wollen.

In Sachen der Errichtung eines internationalen Instituts in Paris hat die französische Regierung an den Rat einen Brief

geschickt, in dem das Institut, für das Frankreich die notwendigen Räume und die Ausgaben zur Einrichtung sowie jährlich zwei Millionen Franken dem Völkerbund zur Verfügung stellt, für autonom erklärt wird. Sämtliche Sitzungen für das Institut, gleichgültig von welcher Seite sie ihm zustehen, bleiben neutral. Die Verpflichtung gilt auf sieben Jahre, kann aber jeweils auf weitere sieben Jahre verlängert werden und wird mit der Ratifikation

## Ein Kabinett der großen Mitte?

### Die Krise noch immer akut.

Berlin, 15. Dezember.  
Heute tritt die Regierung Marx zurück. Der Rücktritt erfolgt, ohne daß vorläufig ein Ersatz vorhanden wäre und ohne den Willen der Reichsmänner, die Neubildung der Regierung zu übernehmen. Herr Stresemann, als der für den Bürgerblock ausgerichtete Kanzler, scheint sich inzwischen davon überzeugt zu haben, daß die Zentrumspartei nicht daran denkt, sich aktiv an einem Bürgerblock zu beteiligen. Die „Germania“ bestätigt diese Vermutung in ihrer Sonntagsausgabe, indem sie ganz offen sagt, daß eine aktive Mitarbeit nicht in Frage komme. Die Frage, welche Stellung die Partei zu einer Bürgerblockregierung, also einer Minderheitsregierung der außerparlamentarischen Parteien, einnehmen wird, beantwortet das Blatt wie folgt:

„Nun, das wird ganz von der Politik abhängen, die dieses Kabinett treibt. Auf jeden Fall würde der Charakter eines solchen Kabinetts das Zentrum zu erheblicher Wachsamkeit zwingen. Im übrigen können wir in Berlin überreden und denen zunächst das Wort überlassen, die diese Krise herbeigeführt haben. Parteipolitisch gesehen, fühlen wir uns in der Rolle des Zuschauers vorläufig recht wohl. Was die Deutsche Volkspartei, die erklärt, sie könne hier und da nicht anders, zunächst sehen, wie sie mit der Politik, die sie begonnen hat, zu Rande kommt. Wir sehen für das Zentrum gar keinen Anlaß, sich jetzt nach vorne zu drängen und glauben, daß auch für uns die Zeit kommt, wo wir ein wenig Deutsche Volkspartei spielen können und ungerne erklären: Hier stehen wir, wir können auch nicht anders.“

Es ist mehr als fraglich, ob unter diesen Umständen ein Bürgerblock, oder besser ein Rechtsblock überhaupt zustandekommt. Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß ein Kabinett Marx nach einer Reihe von einigen Wochen in mehr oder weniger veränderter Form wiederkommt, und nach dieser Regierung ein Kabinett der großen Mitte die Geschichte des deutschen Volkes leiten wird.

### Die S. P. D. = Führer beim Kanzler.

Berlin, 14. Dezember.  
Der Reichskanzler hat gestern die Wgg. Weis, Hermann Müller, Dittmann und Dr. Hilferding als Vertreter der Sozialdemokratischen Partei empfangen. Die Aussprache nahm im Gegensatz zu den Besprechungen des Reichstages mit den bürgerlichen Parteiführern, insofern einen anderen Verlauf, als die Sozialdemokraten die Erklärung abgaben, daß sie den Ausfall der Wahlen dahin deuten könnten, daß sich daraus eine Befähigung und Billigung der bisherigen Reichspolitik, vor allem der Außenpolitik, ergeben habe, und daß für die Sozialdemokraten daher, da sie diese Politik unterstützen hätten, nur eine Erweiterung der Regierung nach links in Frage kommen könne. Sie kündigten ferner für den Fall, daß eine Reichsregierung zustande käme, die schärfste Opposition mit allen Mitteln im Reichstage an.

Der Reichskanzler hat keine Erklärung abgegeben, da er sich nicht in der Lage sieht, hinsichtlich der Regierungsbildung sachliche Verhandlungen zu führen. Die Positionierung der

sozialdemokratischen Partei des Reichstages wird voraussichtlich am Donnerstag feststehen.

Daß der Reichspräsident dem Reichskanzler schon eine Mitteilung darüber gemacht haben sollte, welche Verbindlichkeiten er mit der Bildung der neuen Regierung beauftragen würde, ist kaum anzunehmen. Zunächst dürfte dafür die Partei in Frage kommen, die die Regierung zur Bildung einer Reichsregierung gegeben hat.

## Die Haltung der Deutschen Volkspartei.

### Stritte Ablehnung eines Zusammengehens mit den Sozialdemokraten.

Berlin, 15. Dezember.  
Reuebündler verweigert, daß, ebenso wie das Zentrum, auch die Deutsche Volkspartei wenig Neigung zur Übernahme der Regierungsbildung verspüren dürfte. Den Wünschen einer Regierungsbildung mit aktiver oder neutraler Unterstützung der Sozialdemokraten lehnen volksparteiliche Kreise nach wie vor ab mit dem Hinweis darauf, daß eine solche Regierung keine praktische Arbeitsergebnisse hätte, da ein dreieriges Kabinett bei den ersten wichtigen Fragen, vor allem bei den Steuerfragen, wieder auseinanderfallen würde. Eine Entscheidung in der Frage der Regierungsbildung dürfte kaum vor Donnerstag zu erwarten sein, da die Beschlüsse der Reichstagsfraktionen erst Dienstag oder Mittwoch zu erwarten sind.

## Frankreichs Besorgnis vor einer Rechtswendung.

Paris, 14. Dezember.  
Die französischen Blätter veröffentlichen über die am Sonnabend stattgefundene Unterredung des deutschen Botschafters in Paris mit dem Direktor des Auswärtigen Amtes ein halbamtliches Kommuniqué, in dem u. a. über die Reise des Herrn v. Hertel nach Berlin gesagt wird, daß der deutsche Botschafter dort Gelegenheit haben werde, den Reichspräsidenten über den schlichten Eindruck zu informieren, den es in Frankreich auslösen würde, wenn die Wahlen vom 7. Dezember, trotz der Wendung nach links, zur Bildung einer Rechtsregierung führen würden.

## Auch England fürchtet.

London, 14. Dezember.  
Stratford schreibt im „New Leader“ zur Regierungsbildung in Deutschland: „Weder die Linke noch die Rechte hat eine klare Mehrheit. Es wird endlose Verhandlungen und Debatten geben, bevor irgendeine stabile Gruppierung herankommt, und die Sozialdemokraten werden wieder einmal die ständig wiederkehrende Wahl gestellt werden, ob es rasch ist, einer verhältnismäßig liberal eingestellten Koalition beizutreten oder eine solche Koalition zu unterstützen, ohne selbst in die Regierung einzutreten. Sie werden für beide Lösungen nicht sehr begeistert sein, aber es wäre ein großer Anlaß, wenn ein Block der Rechten unter Einwirkung aller Nationalisten gegen die Sozialdemokratie gebildet würde. Das würde schärfste Reaktion in Innen und Außen bedeuten und würde auch einen billigen Anschluß für die nächste Frankreichs an der Politik des Regimes und der Stabilität der Poincaré'schen Periode bilden.“

durch das französische Parlament endgültig. Der Rat erkläre in diesem Brief der französischen Regierung eine Abmachung, die den Wünschen der ganzen Völkerbundesversammlung entspricht, und beauftragt seine Präsidenten, den Bescheid des Rates der französischen Regierung mitzuteilen.

Für die Gründung des internationalen Rechtstituts in Rom hat die italienische Regierung einen Entwurf vorgelegt, der zur Begünstigung an die verschiedenen Völkerbundesorganisationen weitergeleitet wird. Außerdem soll eine Kommission von fünf europäischen Mächten, die unter dem Vorsitz des neuernannten Präsidenten der Völkerbundeskommission Hammarström besteht, die Art der Arbeitsregelung des römischen Rechtstituts vorschlagen. Der Ratpräsident würdigte dann in einer Schlussansprache die Arbeiten dieser Tagung wobei er auch die neuen Vorschläge über das Kontrollrecht des Völkerbundes über den Abhängigkeitsstand von Deutschland, Österreich, Ungarn und Bulgarien erwähnte und um Genfer Protokoll meinte, daß die Verletzung dieses Protokolls das Vertrauen erschüttere, das die Völker in das Genfer Protokoll setzten. Die große Regierungreform, die die Grundlage dieser gegenwärtigen Verfassung bilde, könne nicht auf einen Schlag verwirklicht werden. Die Anpassung der Völkerbundesorganisation an ihre Aufgaben würde zu langsam vor sich gehen und die Arbeiten würden gemeinsam auf die Sicherung des Weltfriedens gerichtet sein.

Nello Franco erklärte bei jährlicher Salandra, der italienischen Regierung den Rat des Rates für ihre Vorkommnisse zu übermitteln, wobei Quimones de Leon, Spanien im Namen der spanischen Regierung den Wunsch ausdrückte, daß die nächste außerordentliche Sitzung der Tagung, wenn möglich, in Madrid stattfinden möge, ein Wunsch, der von den meisten Ratmitgliedern und von Benito besonders lebhaft unterstützt wurde, während die Vertreter Schwedens und Englands unter Berufung auf die Beilegung, daß der Rat nur in Ausnahmefällen außerordentlich tagen solle, den spanischen Antrag unter Vorbehalt entgegennahmen.

Der Ratpräsident Nello Franco hat in seiner ausführlichen Würdigung der Arbeiten der außerordentlichen Tagung die wichtige Frage der Wahl des Präsidenten für die militärische Untersuchungskommission in Deutschland, Österreich, Ungarn und Bulgarien, bzw. die Frage der Bestimmung der Länder, die diesen Präsidenten zu bestellen haben, ganz unerwähnt gelassen, obwohl diese Frage als besonderer Punkt der Tagesordnung angeführt war. Gemäß diesen Nachrichten unbestätigt, daß Frankreich den Präsidenten der Untersuchungskommission für Deutschland, Italien für Österreich, England für Ungarn und Schweden für Bulgarien stellen sollte. Sicher ist allerdings, daß ein Antrag in Rom alles versucht hat, um die Stellung des Präsidenten für die Kontrollkommission in Deutschland durch Frankreich zu erreichen. Dieser Versuch hat jedoch infolge der Haltung Englands und Schwedens bisher zu keinem Ergebnis geführt.

## Frankreichs freie Hand in Marokko.

Paris, 14. Dezember.  
Der „Petit Parisien“ meldet, daß die französische Regierung entschiedenste Räte aufklärung über deren Absichten in Marokko verlangt hat. Dieses Ergebnis wurde damit begründet, daß die Aufgabe eines großen Teils der spanischen überlassenen Zone und die Zurückziehung der spanischen Truppen auf die Höhe einer neuen Situation geschaffen hat, die im Widerspruch steht mit den Bestimmungen des spanisch-französischen Vertrages vom Jahre 1912 und das französische Protektorat gefährdet.

Die französische Demarche dürfte der Auslösung der zwischen Verriotti und Chamberlain gelegentlich ihrer Pariser Besprechungen zustandekommenden Vereinbarung sein, die darauf hinausläuft, daß Frankreich gegen Unterdrückung der englischen Politik in Ägypten und Vorderasien freie Hand in Marokko erhalten soll.